

9. Kulturpolitischer Bundeskongress

WELT.KULTUR.POLITIK. Kulturpolitik und Globalisierung

Wir erleben eine Zeitenwende. In den letzten Jahrzehnten haben sich Gesellschaften, Kulturen und Staaten, Wirtschaft und Handel weltweit verändert. Viele Grenzen sind durchlässiger geworden, Staaten haben begonnen, sich nicht

Die Globalisierung hat Folgen für Kultur und Kulturpolitik. Wenn der Austausch mit fernen und fremden Kulturen nicht nur medial jederzeit möglich ist, weil die Gesellschaft auch lokal und regional kulturell immer heterogener wird, verändern sich auch kulturelle Interessen und

und Kulturpolitik könnten Auslaufmodelle werden. Die Fragen liegen auf der Hand: Wenn Grenzen kulturell längst überwunden sind, kann man da noch von einem »Innen« und »Außen« sprechen? Wenn Gesellschaften immer multikultureller werden, ist das Konstrukt der »Nationalkulturen« dann noch sinnvoll und muss dann nicht auch über das Konzept des kulturellen Erbes neu nachgedacht werden? Wenn Nationalstaaten an Bedeutung verlieren, werden dann nicht auch die damit verbundenen kulturellen Narrative, die institutionellen Strukturen und operativen Programme aller kulturpolitischen Ebenen in Mitleidenschaft gezogen?

Soweit die »alte« postmoderne Erzählung einer immer stärkeren Entgrenzung und Hybridisierung, die noch zu Beginn der Planungen zum 9. Kulturpolitischen Bundeskongress selbstverständlich war. Der Entwicklungspfad schien vorgezeichnet. Doch die politischen Realitäten haben der links- wie neoliberalen Weltsicht einen empfindlichen Dämpfer gegeben. Seit dem Brexit-Votum, der Trump-Wahl und den nationalistischen Entwicklungen in vielen europäischen Ländern sowie den Debatten, die diese ausgelöst haben, ist sie einer grundlegenden Ernüchterung gewichen. Krisenstimmung hat sich breit gemacht. Die Globalisierung und die sie vorwärtstreibenden Kräfte und Motive werden von einem nicht unwesentlichen Teil



mehr nur über ihre territoriale Souveränität zu definieren, sondern auch als Teil internationaler wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenhänge und globaler Verflechtungen.

Ansprüche, Vorlieben und Gewohnheiten. Das klassische Bildungs- und Kulturbürgertum und eine am nationalen Kulturerbe und einem tradierten Kunstkanon orientierte kulturelle Infrastruktur

der Bevölkerung und Öffentlichkeit grundsätzlich in Frage gestellt. Grenzen sollen wieder gezogen, das Nationale wieder in Wert gesetzt werden und auch einige Vertreterinnen und Vertreter der Kultur(politik) – so steht es zu befürchten – werden diesem Trend folgen. Protektionismus und Homogenisierung könnten über kurz oder lang auch auf die kulturellen Produktionen und Institutionen durchschlagen. Die Politik der Öffnung und Entgrenzung ist nicht mehr alternativlos und wird sich gegen Tendenzen der Re-Nationalisierung und Schließung zu erwehren haben.

Kultur- und Bildungspolitik stehen deshalb nicht nur vor der Herausforderung, sich konzeptionell neu aufzustellen, sondern sich auch demokratiepolitisch zu positionieren. Sie können diese Welt nicht gestalten, aber sie sind bei Strafe ihres Scheiterns darauf angewiesen, die globalen Veränderungen und Verwerfungen sich und anderen zu erschließen, zu erklären und die Menschen in die Lage zu versetzen, Sinn und Orientierung zu finden und sich für die kulturelle Demokratie neu begeistern zu können. Der 9. Kulturpolitische Bundeskongress will dazu einen Beitrag

leisten. Er wird u.a. unterstützt durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft
Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Kongressveranstalter:

Kulturpolitische Gesellschaft und Bundeszentrale für politische Bildung

Kooperationspartner:

Deutscher Städtetag, Goethe-Institut, Institut für Auslandsbeziehungen

Stadtpolitik vor neuen Herausforderungen

Globale Entwicklungen wie Ökonomisierung, Digitalisierung oder Migration verändern die Stadtgesellschaft und das Zusammenleben der Menschen. Sie stellen die Stadtpolitik vor neue Herausforderungen. Globalisierung betrifft die Städte unmittelbar: Die Unternehmen vor Ort stehen im globalen Wettbewerb um Märkte; die Städte sind gefordert, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten. Die Digitalisierung eröffnet neue Formen der Kommunikation, in professionellen Informationssystemen, in sozialen Netzwerken, in der Arbeitswelt wie im privaten Bereich. Durch die Zuwanderung werden die Stadtgesellschaften heterogener. Kulturelle Vielfalt und Interkulturalität werfen viele Fragen auf, sie verlangen nach politischen und administrativen Antworten. Kulturelle Vielfalt ist aber auch als Chance zu begreifen. Aktuell hinzu kommen antidemokratisch-populistische Bestrebungen, die bisher geltende Grundlagen und Werte in Frage stellen und die Gesellschaft zu spalten drohen.

Die Globalisierung und die damit einhergehenden Veränderungen erfordern auch eine Neuausrichtung der Kulturpolitik der Städte. Stadt heißt immer auch permanenter Wandel, heißt Bewegung

und Veränderung. Kommunale Kulturpolitik kann einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung von Transformationsprozessen und zum gesellschaftlichen Klima in der Stadt leisten. Sie muss dazu beitragen, die Weltoffenheit der Städte und ihre Integrationsfähigkeit zu bewahren, mit kultureller Vielfalt umzugehen und Zugehörigkeit zu fördern. Die



Kulturpolitik in den Städten war schon immer international aufgestellt, hat den künstlerischen und kulturellen Austausch über Grenzen hinweg gefördert. Sie ist gefordert, Protektionismus, Egoismus und Rechtspopulismus entgegenzuwirken sowie die solidarische Gesellschaft zu fördern.

Kulturpolitik wäre überfordert, dies allein zu bewerkstelligen. Sie ist vielmehr in eine gesamtstädtische Strategie einer integrierten Stadtpolitik einzubeziehen. Kulturpolitik in diesem Sinne kann zum Motor von Veränderungsprozessen

und zum gestaltenden Element von Stadtpolitik werden. Die Synergien zwischen Kultur und Stadtentwicklung können entscheidend dafür genutzt werden, den urbanen Lebensraum als pluralen Lebensraum auszuloten, d. h. Austausch, Verständigung und Annäherung zwischen unterschiedlichen, auch sich widersprechenden Lebensweisen und Kulturen zu fördern. Kunst und Kultur sind somit mehr als ökonomische Aufwerter sich verändernder urbaner Räume.

Dabei stellt sich die Frage, wie Kulturpolitik in der Stadtpolitik, wie eine ressortübergreifende Strategie und Zusammenarbeit konkret wirksam und auf Dauer verankert werden kann und soll. Ebenso ist zu fragen, wie die gesellschaftspolitische Relevanz von Kunst und Kultur gefördert werden kann, ohne die notwendige Kunst- und Zweckfreiheit zu sehr zu beschneiden. Schließlich ist zu klären, welcher Rahmenbedingungen es dafür bedarf. Der Deutsche Städtetag beteiligt sich als Kooperationspartner gerne an dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress, um diese Fragen aus kommunaler Perspektive zu diskutieren und nach Antworten zu suchen. Klaus Hebborn, Beigeordneter und Kulturdezernent, Deutscher Städtetag

Die Goethe-Institute als Mittler in der Welt

Beim 9. Kulturpolitischen Bundeskongress stehen Kultur und Politik nicht nur innerhalb der deutschen Grenzen im Mittelpunkt, vielmehr richtet sich der Blick der Teilnehmenden ganz explizit auf die Naht- und Bruchstellen der globalisierten Kulturbeziehungen. Diese Entscheidung ist von großer Bedeutung für das weltweite Netzwerk der 159 Goethe-Institute, das seit über 60 Jahren der Vitalität internationaler kultureller Zusammenarbeit verpflichtet ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem strikt partnerschaftlich arbeitenden Netzwerk ihres nationalen Kulturinstituts, das als unabhängiger Mittler aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus agiert, das weltweit viel beachtete Modell für eine internationale Kulturpolitik geschaffen, die nicht als Exporthilfe für die nationale Kulturindustrie missverstanden werden kann. Sie dient vielmehr der internationalen kulturellen Kooperation und Koproduktion im Zeichen freiheitlicher Werte und gegenseitigen Respekts.

Als Wertegemeinschaft werden der Westen und Europa im Moment auf eine harte Probe gestellt, vor allem durch populistische und nationalistische Tendenzen. An der Gültigkeit der liberalen Werte, die jahrzehntelang ein friedliches Miteinander und eine Vielfalt der Kulturen garantierten, besteht indes kein Zweifel. Es gilt also, sie mit den Mitteln der Kulturpolitik, im Dialog zwischen

»Innen« und »Außen«, für die Zukunft zu verteidigen.

Aber was nützt das schönste Kulturinstitut, wenn die Bedingungen für profunde interkulturelle Verständigung blockiert oder infrage gestellt werden? Wenn Terror und Bürgerkrieg die Arbeit unmöglich machen? Wenn autoritäre Regierungen die kritische Funktion von Kultur ablehnen und ihre Ausübung behindern oder verbieten? Und wenn selbst innerhalb der europäischen Wertegemeinschaft die kulturellen Szenen ganzer Länder in den illiberalen Sog von nationalistischen Bewegungen geraten?



Kulturpolitik kann sich auch international nie auf die Voraussetzungen verlassen, die gestern noch als unumstößlich galten. Wichtiger denn je ist die genaue Kenntnis der politischen und kulturellen Kontexte, um nicht nur schnell und effizient, sondern auch nachhaltig agieren zu können. Das führt zu der paradoxen Herausforderung an die Kulturpolitik, im Inland wie im Ausland sowohl eine institutionalisierte Kontinuität als auch

eine unkonventionelle Offenheit gewährleisten zu müssen, um damit verlässliche Wissensproduktion ebenso wie innovatives Denken zu fördern.

Die Welt ist unübersichtlich geworden. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es auf viele drängende Zukunftsfragen keine einfachen Antworten gibt. Kunst und Kultur jedoch bieten in einer multiperspektivischen Welt häufig den Rahmen für gelingende Kommunikation und damit die Grundlage für viele weitere zivilgesellschaftliche Diskurse.

Kulturaustausch verfolgt das Ziel, die hierfür notwendigen Dialog- und Freiräume zu schaffen, Verständigung trotz kultureller oder sprachlicher Barrieren zu ermöglichen und fremde Perspektiven erlebbar und verstehbar zu machen. Eine zukunftsorientierte Kulturpolitik muss diese kulturellen Räume bewahren, ganz gleich, ob in den Städten und Kommunen oder in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Die kritische Funktion und Unabhängigkeit unseres Kulturbetriebs ist eine besondere Errungenschaft, die Deutschland zu einem respektierten und glaubwürdigen Partner in aller Welt macht.

Das sollte auch in einer unruhigen Zukunft so bleiben.

Dr. Joachim Bernauer, Abteilungsleiter Kultur, Goethe-Institut

Warum nicht die Welt verbessern?

»Warum sollten wir nicht zur Abwechslung an einer humaneren Welt arbeiten? Warum sollten wir nicht ab und zu versuchen, ein Fenster zum Himmel aufzustossen? Mich erstaunt die Verdrängungsleistung unserer Gesellschaft: Wir wissen, wohin die Ausbeutung der Dritten Welt und der Klimawandel führen werden. Wir messen die steigenden Temperaturen und sehen die Flüchtlingsströme, und doch ändern wir unser Verhalten nicht.«

»Politische Kunst ist auf links gedrehtes Wutbürgertum«. Milo Rau im Interview mit Daniele Muscionico und René Scheu, in: Neue Zürcher Zeitung v. 12.1.2017

Renaissance des Nationalen

Blicken wir auf die Geschehnisse der letzten zwei Jahre in Europa zurück, scheint es, als finde in der Europäischen Gemeinschaft eine »Renaissance des Nationalen« statt. Spätestens seit dem Brexit-Votum der Briten wird klar, dass die Europäische Union an einem Scheidepunkt steht und mit der Frage konfrontiert wird, ob das Modell für alle Mitglieder gleichermaßen tragfähig ist. Doch bereits vorher gab es Entwicklungen, aus denen sich ein tendenziell erstarkender Nationalismus ablesen lässt, wie z.B. an der PiS-Regierung in Polen oder dem Erstarren national-konservativer und rechts-populistischer Parteien in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden, insbesondere im Zuge der Flüchtlingskrise.

Besonders auffällig ist dabei, wie der Kulturbegriff von national-konservativen Stimmen vereinnahmt wird. Das wird nicht nur an dem »Kulturkonzept« der PiS-Regierung in Polen ersichtlich, die eine Neuausrichtung hin zu einer patriotischen Haltung proklamiert und dabei auch operativ in die Kulturszene eingreift, um dies durchzusetzen. Auch Marine le Pen spricht sich gegen eine »Multikultur« aus, und die AfD hat sich einer »deutschen Leitkul-

tur« mit u. a. einem Schwerpunkt auf die Förderung des Regionalen verschrieben.

Wie lässt sich das Erstarren nationaler Töne, wie es gerade in Europa oder auch in den Vereinigten Staaten zu beobachten ist, erklären? Spricht kulturelle Identitätspolitik immer dann die Menschen an, wenn der Bürger das Gefühl hat, dass »die Welt aus den Fugen geraten« ist, wenn der Eindruck vorherrscht, als würden die Krisen

100
Jahre
ifa

weltweit zunehmen und der Einzelne versucht, sich an bekannten Referenzpunkten zu orientieren? Die sogenannte Flüchtlingswelle, die von vielen Bürgern in Europa als unkontrollierbare Situation wahrgenommen wurde, hat scheinbar die Sehnsucht nach stabilen Referenzpunkten verstärkt und dabei

auch die Frage aufgeworfen, was sich kulturell und sozial für den Einzelnen in dieser Situation verändert.

Welche Rolle kommt nun einer Mittlerorganisation wie dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in dieser Situation zu? Die größte Herausforderung wird darin liegen, die in den Diskursen vorherrschenden Dichotomien zwischen »global« und »national«, »innen« und

»außen« oder dem »Eigenen« und dem »Fremden« zu diskutieren und neue Wege zu finden, die Wertschätzung für kulturelle Pluralität zu steigern. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Bereitstellung von Information, das Initiieren von Plattformen, die den Austausch mit der Zivilgesellschaft ermöglichen, sei es in Dialog- und Bildungsprogrammen. Das ist erst einmal nichts Neues, denn so arbeiten Kulturmittler bereits seit mehreren Jahrzehnten. Eine Herausforderung wird darin liegen, neue Zielgruppen zu erschließen und den Austausch nicht nur in den bisherigen Netzwerken zu führen.

Vor allem aber sollten Kulturmittler sich klar positionieren, wenn es um den Diskurs des Kulturbegriffes selber geht. Dieser Kulturbegriff sollte Kultur nicht als Rückzugsort begreifen, sondern für das Prinzip der Offenheit stehen, für Interdependenz und Vernetzung. Europa braucht keinen Rückzug und Resignation, sondern eine Zukunftsperspektive. Die großen Herausforderungen – von Flucht und Migration bis Klimawandel – erfordern mehr multilaterale Zusammenarbeit und nicht weniger. Sebastian Körber, Stellvertretender Generalsekretär, Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)
Jennifer Endro, verantwortlich für »100 Jahre ifa«, Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Die Welt der Zukunft

»Man kann sich im Großen und Ganzen drei Szenarien vorstellen, wie eine Welt der Zukunft aussieht: Das erste wäre die Pfadwechsel-Welt, in der tatsächlich gleichsam im letzten Moment eine ökosoziale Transformation mit dem Ziel eines radikal anderen, nämlich nachhaltigen gesellschaftlichen Naturverhältnisses eingeleitet würde. Das zweite wäre eine multipolare Welt, in der die wirtschaftlich stärksten Akteure mit immer härteren Bandagen um die knapper werdenden Ressourcen konkurrieren, was eine immer noch weiter wachsende Zahl an Gewaltkonflikten und Flüchtlingen mit sich bringt. Und das dritte wäre die Gated-Community-Welt, in der die Reichen sich symbolisch wie faktisch vor den gestaffelten Gruppen der Beschäftigten, Prekarisierten, Ausgegrenzten, Überflüssigen abschotten, und zwar mit aller dafür erforderlichen Gewalt. Ohne übertriebene Dramatisierung wird man sagen müssen, dass wir uns, wenn dieses »wir« sich auf die privilegierte Einwohnerschaft der frühindustrialisierten Länder bezieht, gerade irgendwo zwischen Szenario zwei und drei befinden.«

Harald Welzer »Gerechtigkeit. Über eine ökosoziale Zukunftspolitik«, in: Futurzwei. Zukunftsalmanach 2017/18, S. 21